

(A)

Anlage 1**Liste der entschuldigten Abgeordneten**

Abgeordnete(r)		entschuldigt bis einschließlich
Bahr (Münster), Daniel	FDP	27.06.2013
Brandner, Klaus	SPD	27.06.2013
Brüderle, Rainer	FDP	27.06.2013
Dr. Dehm, Diether	DIE LINKE	27.06.2013
Fell, Hans-Josef	BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN	27.06.2013
Fischer (Göttingen), Hartwig	CDU/CSU	27.06.2013
Fritz, Erich G.	CDU/CSU	27.06.2013*
Gunkel, Wolfgang	SPD	27.06.2013
Hiller-Ohm, Gabriele	SPD	27.06.2013
Hintze, Peter	CDU/CSU	27.06.2013
(B) Lay, Caren	DIE LINKE	27.06.2013
Möller, Kornelia	DIE LINKE	27.06.2013
Roth (Augsburg), Claudia	BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN	27.06.2013
Schlecht, Michael	DIE LINKE	27.06.2013
Schmidt (Eisleben), Silvia	SPD	27.06.2013
Werner, Katrin	DIE LINKE	27.06.2013
Wunderlich, Jörn	DIE LINKE	27.06.2013
Zimmermann, Sabine	DIE LINKE	27.06.2013

* für die Teilnahme an den Sitzungen der Parlamentarischen Versammlung des Europarates

Anlage 2**Erklärung nach § 32 GO**

der Abgeordneten Viola von Cramon-Taubadel, Katja Dörner, Volker Beck (Köln), Dr. Anton Hofreiter, Katja Keul, Sven-Christian Kindler, Maria Klein-Schmink und Dr. Harald Terpe (alle BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) zur Abstimmung

Anlagen zum Stenografischen Bericht (C)**Erklärung nach § 31 GO****Erklärung nach § 31 GO****Erklärung nach § 31 GO**

52 976 Bürgerinnen und Bürger unterzeichneten über den Jahreswechsel 2008/2009 innerhalb von sechs Wochen die Onlinepetition der Greifswalderin Susanne Wiest. Unter dem Titel „Reformvorschläge in der Sozialversicherung – Bedingungsloses Grundeinkommen“ forderte die Petentin: „Der Deutsche Bundestag möge beschließen, das bedingungslose Grundeinkommen einzuführen.“

In der Gesellschaft gibt es bisher keine einheitliche Meinung dazu. Dabei ist uns wichtig, die Leitbilder von Gerechtigkeit und emanzipativer Sozialpolitik mit der Bedeutung öffentlicher Institutionen und Finanzierbarkeit zu verbinden. Angesichts sich zuspitzender Wachstumsproblematik und der umfassenden Umstrukturierung der Wirtschaft durch Rationalisierungsprozesse benötigen wir auf Dauer eine Transformation des Sozialstaates.

Wir halten deshalb die Einrichtung einer Enquete-Kommission im Deutschen Bundestag für sinnvoll, in der Idee und Modelle eines Grundeinkommens sowie grundlegende Reformperspektiven für den Sozialstaat und die sozialen Sicherungssysteme diskutiert werden. In einer solchen Enquete wollen wir der Diskussion über ein bedingungsloses Grundeinkommen sowie damit verbundene Veränderungen in den sozialen Sicherungssystemen den nötigen Raum verschaffen. Unser Ziel ist es, die Schere zwischen Arm und Reich zu schließen und das individuelle Grundrecht auf soziale Teilhabe zu verwirklichen.

Diese Enquete kann die mit der Petition begonnene Debatte zum Grundeinkommen im Deutschen Bundestag fortsetzen. Den Abschluss der Petition im Sinne eines Endes der Debatte im Bundestag lehnen wir ab.

Anlage 3**Erklärung nach § 31 GO**

der Abgeordneten Agnes Brugger, Thilo Hoppe, Ute Koczy, Monika Lazar, Beate Müller-Gemmeke, Dr. Hermann E. Ott, Lisa Paus, Dr. Gerhard Schick, Dorothea Steiner, Dr. Wolfgang Strengmann-Kuhn und Arfst Wagner (Schleswig) (alle BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) zur Abstimmung über die Beschlussempfehlung: Sammelübersicht 611 zu Petitionen (Tagesordnungspunkt 79 ccc)

52 976 Bürgerinnen und Bürger unterzeichneten über den Jahreswechsel 2008/2009 innerhalb von sechs Wochen die Onlinepetition der Greifswalderin Susanne Wiest. Unter dem Titel „Reformvorschläge in der Sozialversicherung – Bedingungsloses Grundeinkommen“

(D)

- (A) forderte die Petentin: „Der Deutsche Bundestag möge beschließen, das bedingungslose Grundeinkommen einzuführen.“

In unserer Partei Bündnis 90/Die Grünen gibt es bisher keine einheitliche Meinung dazu. Wir wollen aber die Debatte um Grundsicherung und ein bedingungsloses Grundeinkommen weiter in die Gesellschaft hineinbringen. Dabei ist uns wichtig, die grünen Leitbilder von Gerechtigkeit und emanzipativer Sozialpolitik mit der Bedeutung öffentlicher Institutionen und Finanzierbarkeit zu verbinden. Angesichts sich zuspitzender Wachstumsproblematik und der umfassenden Umstrukturierung der Wirtschaft durch Rationalisierungsprozesse benötigen wir auf Dauer eine Transformation des Sozialstaates.

Die Grünen halten deshalb die Einrichtung einer Enquete-Kommission im Deutschen Bundestag für sinnvoll, in der Idee und Modelle eines Grundeinkommens sowie grundlegende Reformperspektiven für den Sozialstaat und die sozialen Sicherungssysteme diskutiert werden. In einer solchen Enquete wollen wir der Diskussion über ein bedingungsloses Grundeinkommen sowie damit verbundene Veränderungen in den sozialen Sicherungssystemen den nötigen Raum verschaffen. Grünes Ziel ist es, die Schere zwischen Arm und Reich zu schließen und das individuelle Grundrecht auf soziale Teilhabe zu verwirklichen.

Diese Enquete kann aus unserer Sicht, die mit der Petition begonnene Debatte zum Grundeinkommen im Deutschen Bundestag fortsetzen. Den Abschluss der

- (B) Petition im Sinne eines Endes der Debatte im Bundestag lehnen wir ab.

Anlage 4

Erklärungen nach § 31 GO

zur Abstimmung über die **Beschlussempfehlung: Sammelübersicht 611 zu Petitionen (Tagesordnungspunkt 79 ccc)**

Katja Kipping (DIE LINKE): Ich lehne die Beschlussempfehlung des Petitionsausschusses ab, das Petitionsverfahren abzuschließen, weil damit dem grundsätzlichen Anliegen der Petentin und der gesellschaftlichen Bedeutung der Debatte über das bedingungslose Grundeinkommen nicht Rechnung getragen wird.

Obwohl ich dem von Susanne Wiest konkret vorgeschlagenen Grundeinkommensmodell nicht zustimme, halte ich es für notwendig, eine breite gesellschaftliche Debatte über das Grundeinkommen zu führen als auch eine Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages zum Thema Grundeinkommen einzurichten. Auch deshalb, weil dieses Thema innerhalb verschiedener Parteien – so auch in meiner – kontrovers diskutiert wird.

Diese Kommission soll sowohl die verschiedenen in Deutschland bereits seit Jahren diskutierten Ansätze und Modelle eines bedingungslosen Grundeinkommens be-

züglich ihrer Vor- und Nachteile debattieren als auch mögliche Handlungsvorschläge einer schrittweisen Einführung eines Grundeinkommens, zum Beispiel durch eine sanktionsfreie und individuelle Mindestsicherung, prüfen (vergleiche Übersicht über die Modelle in Ronald Blaschke: Aktuelle Ansätze und Modelle von Grundsicherungen und Grundeinkommen in Deutschland; vergleichende Darstellung in: Ronald Blaschke/Adeline Otto/Norbert Schepers (Hrsg.): Grundeinkommen. Von der Idee zu einer europäischen politischen Bewegung, Hamburg 2012).

Die Prüfung konkreter Ansätze und Modelle eines bedingungslosen Grundeinkommens wurde auch in mit großer Mehrheit angenommenen Entschlüssen des Europäischen Parlaments gefordert. In der Entschlüsselung, eingebracht mit einem Bericht von Gabi Zimmer, Die Linke, zur „Förderung der sozialen Integration und die Bekämpfung der Armut, einschließlich der Kinderarmut, in der EU“, Beschluss vom 9. Februar 2008 (2008/2034(1 NI)), heißt es:

Das Europäische Parlament ... fordert die Kommission auf, die armutsbekämpfende Wirkung des bedingungslosen Grundeinkommens für alle zu prüfen.

In der Entschlüsselung, eingebracht mit einem Bericht von Ilda Figueiredo, Kommunistische Partei Portugals, zur „Bedeutung des Mindesteinkommens für die Bekämpfung der Armut und die Förderung einer integrativen Gesellschaft in Europa“, Beschluss vom 20. Oktober 2010 (2010/2039 (INI)), heißt es:

Das Europäische Parlament ... ist der Auffassung, dass die verschiedenen Erfahrungen mit Mindesteinkommen sowie mit dem bedingungslosen Grundeinkommen für alle, gepaart mit zusätzlichen Maßnahmen zur sozialen Einbeziehung und zum sozialen Schutz, zeigen, dass es sich um wirksame Formen zur Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung und zur Gewährleistung eines Lebens in Würde für alle handelt; fordert daher die Kommission auf, eine Initiative zur Unterstützung anderer Erfahrungen in den Mitgliedstaaten auf den Weg zu bringen, die bewährte Verfahren berücksichtigen und anregen und individuell verschiedene Modelle des angemessenen Armut verhindernden Mindest- bzw. Grundeinkommens als Maßnahme zur Armutsprävention und zur Sicherung der sozialen Gerechtigkeit und Chancengleichheit für alle Bürger, deren Bedürftigkeit im jeweiligen regionalen Maßstab nachzuweisen ist, bejahen, ohne die Besonderheiten der einzelnen Mitgliedstaaten infrage zu stellen.

Verweisen möchte ich dabei auch auf die derzeit laufende Europäische Bürgerinitiative Grundeinkommen, www.ebi-grundeinkommen.de, mit der die Europäische Kommission aufgefordert wird, die Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedstaaten zu fördern im Hinblick auf die Erforschung des bedingungslosen Grundeinkommens, BGE, als Instrument zur Verbesserung ihrer jeweiligen Systeme der sozialen Sicherheit. Diese Bürgerinitiative wird von Grundeinkommensnetzwerken und -initiativen in allen Mitgliedstaaten der Europäischen Union und in

- (A) Deutschland von einem breiten Bündnis zivilgesellschaftlicher Organisationen getragen; siehe dazu die Kampagnenwebsite www.ebi-grundeinkommen.de.

Angesichts der fortschreitenden sozialen Spaltung in Deutschland und in Europa halte ich es für unerlässlich, alternative Ideen und praktische Ansätze für die Verbesserung der sozialen Situation der Menschen auch im Deutschen Bundestag ernsthaft zu debattieren.

Alexander Süßmair (DIE LINKE): Ich lehne die Beschlussempfehlung des Petitionsausschusses ab, das Petitionsverfahren abzuschließen, weil damit dem grundsätzlichen Anliegen der Petentin und der gesellschaftlichen Bedeutung der Debatte über das bedingungslose Grundeinkommen nicht Rechnung getragen wird.

Parallel zu der breiten gesellschaftlichen Debatte über das Grundeinkommen sollte vielmehr eine Enquete-Kommission beim Deutschen Bundestag zum Thema Grundeinkommen eingerichtet werden. Auch deshalb, weil dieses Thema innerhalb verschiedener Parteien und Fraktionen kontrovers diskutiert wird.

Die Prüfung der Möglichkeiten, ein bedingungsloses Grundeinkommen einzuführen, wurde auch mit großer Mehrheit vom Europäischen Parlament gefordert. In der Entschließung, eingebracht mit einem Bericht von Gabi Zimmer, Die Linke, zur „Förderung der sozialen Integration und die Bekämpfung der Armut, einschließlich der Kinderarmut, in der EU“, Beschluss vom 9. Februar 2008 (2008/2034(INI)), heißt es:

- (B) Das Europäische Parlament ... fordert die Kommission auf, die armutsbekämpfende Wirkung des bedingungslosen Grundeinkommens für alle zu prüfen.

In der Entschließung, eingebracht mit einem Bericht von Ilda Figueiredo, Kommunistische Partei Portugals, zur „Bedeutung des Mindesteinkommens für die Bekämpfung der Armut und die Förderung einer integrativen Gesellschaft in Europa“, Beschluss vom 20. Oktober 2010 (2010/2039(INI)), heißt es:

Das Europäische Parlament ... ist der Auffassung, dass die verschiedenen Erfahrungen mit Mindesteinkommen sowie mit dem bedingungslosen Grundeinkommen für alle, gepaart mit zusätzlichen Maßnahmen zur sozialen Einbeziehung und zum sozialen Schutz, zeigen, dass es sich um wirksame Formen zur Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung und zur Gewährleistung eines Lebens in Würde für alle handelt ...

Hinzu kommt die derzeit laufende Europäische Bürgerinitiative Grundeinkommen. Hierin wird die Europäische Kommission aufgefordert, die Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedstaaten im Hinblick auf die Erforschung des bedingungslosen Grundeinkommens, BGE, als Instrument zur Verbesserung ihrer jeweiligen Systeme der sozialen Sicherheit zu fördern.

Das Petitionsverfahren in dieser Situation abzuschließen, wird der Brisanz und Bedeutung des Themas nicht gerecht. Es würde vielmehr der Kluft zwischen Zivilge-

sellschaft und dem Parlament Ausdruck verleihen. Die Debatte zum Thema Grundeinkommen muss in der Zivilgesellschaft, muss aber auch im Deutschen Bundestag geführt werden. (C)

Dr. Valerie Wilms (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): 52 976 Bürgerinnen und Bürger unterzeichneten über den Jahreswechsel 2008/2009 innerhalb von sechs Wochen die Onlinepetition der Greifswalderin Susanne Wiest. Unter dem Titel „Reformvorschläge in der Sozialversicherung – Bedingungsloses Grundeinkommen“ forderte die Petentin: „Der Deutsche Bundestag möge beschließen, das bedingungslose Grundeinkommen einzuführen.“

In meiner Partei Bündnis 90/Die Grünen gibt es bisher keine einheitliche Meinung dazu. Wir wollen aber die Debatte um Grundsicherung und ein bedingungsloses Grundeinkommen weiter in die Gesellschaft hineintragen. Dabei ist uns wichtig, die grünen Leitbilder von Gerechtigkeit und emanzipativer Sozialpolitik mit der Bedeutung öffentlicher Institutionen und Finanzierbarkeit zu verbinden. Angesichts sich zuspitzender Wachstumsproblematik und der umfassenden Umstrukturierung der Wirtschaft durch Rationalisierungsprozesse benötigen wir auf Dauer eine Transformation des Sozialstaates.

Grünes Ziel ist es, die Schere zwischen Arm und Reich zu schließen und das individuelle Grundrecht auf soziale Teilhabe zu verwirklichen. Den Abschluss der Petition im Sinne eines Endes der Debatte im Bundestag lehne ich ab. (D)

Anlage 5

Erklärung nach § 31 GO

des Abgeordneten Michael Grosse-Brömer (CDU/CSU) zur Beschlussempfehlung des Ausschusses nach Artikel 77 des Grundgesetzes (Vermittlungsausschuss) zu dem Vierten Gesetz zur Änderung des Straßenverkehrsgesetzes und anderer Gesetze (Zusatztagesordnungspunkt 11)

Als Berichterstatter des Bundestages zu den abschließenden Verhandlungen des Vermittlungsausschusses am 26. Juni 2013 mache ich darauf aufmerksam, dass die Bundesregierung eine Protokollerklärung abgegeben hat. Diese gebe ich nachfolgend zur Kenntnis:

Protokollerklärung der Bundesregierung zum Vierten Gesetz zur Änderung des Straßenverkehrsgesetzes und anderer Gesetze. Die Bundesregierung gibt aus Anlass der Beschlussfassung des Vermittlungsausschusses zum Vierten Gesetz zur Änderung des Straßenverkehrsgesetzes und anderer Gesetze folgende Zusagen:

Durch eine Änderung der Fahrerlaubnis-Verordnung wird gewährleistet werden, dass auch folgende Verkehrsverstöße im neuen Fahreignungsregister gespeichert und mit Punkten bewertet werden: